◆ 15. Januar 1989 ◆
Der Protest zieht in die Provinz

Am **10. Dezember 1988**, dem 40. Jahrestag der Veröffentlichung der *Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte*, gibt die *»Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR«* ihre Arbeitsaufnahme bekannt.

Der Text wurde in einer Beratung der *Koordinierungsgruppe* des *Sonnabendskreises* – eines ostdeutschlandweiten Vertretertreffens von Oppositionellen – von Till Böttcher (*Umweltbibliothek Berlin*), Werner Fischer und Peter Grimm (*Initiative Frieden und Menschenrechte,* Berlin), Frank Richter (*Arbeitsgruppe Menschenrechte,* Leipzig), Rainer Müller, Bernd Oehler, Thomas Rudolph und Kathrin Walther (*Arbeitskreis Gerechtigkeit,* Leipzig) entworfen.

Die Arbeitsgruppe wurde von Mitgliedern der *Initiative Frieden und Menschenrechte* (Berlin), der *Umweltbibliothek der Zionskirchgemeinde* (Berlin), Mitgliedern des *Arbeitskreises solidarische Kirche/ Regionalgruppe Thüringen*, der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* (Leipzig), dem *Arbeitskreis Gerechtigkeit* (Leipzig), Mitgliedern des *Arbeitskreises solidarische Kirche/ Regionalgruppe Leipzig* und Mitgliedern des *Friedenskreises Naumburg* gegründet.

Im Aufruf, den die *Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR* als Flugblatt und über die Westmedien verbreitete, heißt es:

> *„Am 10. Dezember 1948 verabschiedete die Vollversammlung der Vereinten Nationen die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. Aus Anlaß des 40. Jahrestages dieses Ereignisses wird die »Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte« mit der Sammlung und Veröffentlichung konkreter Verletzungen der Menschenrechte in der DDR beginnen.*
> *Wir stützen uns hierbei auf die von der DDR anerkannte Allgemeine Erklärung der Menschenrechte von 1948 und auf die von der DDR ratifizierten UNO-Konventionen über zivile und politische Rechte sowie über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte von 1966.*
> *Der Stand bei der Verwirklichung der Menschenrechte ist ein entscheidender Indikator für den Zustand einer Gesellschaft. Aus diesem Grund ist die Information der Öffentlichkeit über Menschenrechtsverletzungen unerläßlich, auch um Ansatzpunkte für eine breite Diskussion über die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR und zu notwendigen Veränderungen zu markieren. Wir rufen dazu auf, unser Anliegen in vielfältiger Weise zu unterstützen. ...*
> *Die folgenden Arbeitsschwerpunkte sind lückenhaft, da zur Zeit bestimmte Problemfelder wegen ihres Umfanges wahrscheinlich von uns noch nicht erschöpfend bearbeitet werden können. Dies bedeutet jedoch keine Einschränkung unserer Forderung nach der vollkommenen Garantie und Durchsetzung aller Menschenrechte. Ebenfalls fordern wir hiermit von der Regierung der DDR die Unterzeichnung und Ratifizierung des Fakaltativprotokolles zu der Konvention über zivile und politische Rechte, in dem das Appellationsrecht eines einzelnen Bürgers bei internationalen Instanzen im Falle von Menschenrechtsverletzungen festgeschrieben ist.*
> *Wir weisen darauf hin, daß wir keine Appellationsinstanz ersetzen können und wollen. Wir hoffen, daß sich die Arbeitsschwerpunkte bald erweitern lassen, um die Menschenrechtssituation in der*

DDR möglichst umfassend zu dokumentieren. Im Moment bezieht sich unsere Arbeit auf folgende Schwerpunkte:

- *Verletzungen des Rechtes auf Meinungs-, Presse- und Informationsfreiheit, vor allem in Form von Sanktionen und Repressionen wegen der Inanspruchnahme dieses Rechtes.*
- *Verletzungen des Rechtes auf Freizügigkeit, vor allem in Form von Reiseverboten in das sozialistische Ausland, Einreiseverboten in die DDR und Aufenthaltsbeschränkungen auf Grund von Verwaltungsentscheidungen oder als Sanktion wegen der Inanspruchnahme von Menschenrechten.*
- *Verletzungen des gleichen Rechtes auf Bildung, vor allem in Form von Bildungsverweigerung als Folge der Inanspruchnahme von Menschenrechten.*
- *Verletzungen der Rechte auf Versammlungs- und Demonstrationsfreiheit sowie des Rechtes auf Gründung von Organisationen, Vereinigungen und Gewerkschaften, ebenso des Rechtes auf Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit, vor allem in Form von Sanktionen und Repressionen wegen Inanspruchnahme dieser Rechte.*
- *Verletzungen des Rechtes auf Arbeit, vor allem in Form von faktischem Berufsverbot einschließlich vorsätzlicher Behinderungen.*
- *Nachweisbare, ungerechtfertigte oder unverhältnismäßige Angriffe auf die Würde der Persönlichkeit einschließlich des Eingriffes in die persönliche Sphäre von Seiten staatlicher Dienststellen.“*

Am **16. Dezember** informiert der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* in der Leipziger Markuskirchgemeinde in einer öffentlichen Veranstaltung interessierte Bürger über die polnische unabhängige Gewerkschaft *Solidarność* und die polnische Opposition.

Während des ausschließlich auf Einladungsbasis stattfindenden, praktisch geheimen Treffens von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im *Sonnabendskreis* in Leipzig wird am **17. Dezember 1988** die *Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR* vorgestellt und um Mitarbeit bei der Sammlung konkreter Menschenrechtsverletzungen gebeten.

Am **19. und 20. Dezember** veröffentlichen dann die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* (Leipzig) und der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* (Leipzig) die ersten Mitteilungen der *Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR* über Menschenrechtsverletzungen.

Am **24. Dezember** schreiben Mitglieder der Leipziger *Initiativgruppe Leben* einen Protestbrief gegen die Einschränkung verfassungsmäßig garantierter Rechte in der DDR an den Staatsrat und das lnnenministerium.

In der Nacht vom **11. zum 12. Januar 1989** verteilen Bürgerrechtler Flugblätter mit dem Aufruf zu einer Demonstration in Leipzig für Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit, die sich am 15. Januar, 16 Uhr, auf dem Alten Markt zusammenfinden soll.

In den Tagen vom 12. bis 14. Januar werden die meisten der Flugblattverteilerinnen und -verteiler vom Staatssicherheitsdienst verhaftet. Ermittlungsverfahren nach § 214, Absätze 1 und 3, werden gegen sie eingeleitet.

Am Morgen des **14. Januar** bildeten der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* eine gemeinsame *»Informationsgruppe zur Freilassung der Inhaftierten«* in den Räumen der Lukaskirchgemeinde, die bis zum Abend des 16. Januar aktiv war. In ihr arbeiteten Silke Krasulsky, Andreas Ludwig, Bernd Oehler, Doreen Penno, Thomas Rudolph und Kathrin Walther (alle *Arbeitskreis Gerechtigkeit*), Frank Richter und Wolfgang Sarstedt (beide *Arbeitsgruppe Menschenrechte*), Andreas Radicke von der *Initiativgruppe Leben* sowie aus Berlin Peter Grimm (*Initiative Frieden und Menschenrechte*) mit. Am Nachmittag des 16. Januar wurde zur lnformationsübermittlung das Telephon im Jugendpfarramt genutzt. In Berlin gaben Till Böttcher (*Umweltbibliothek Berlin*), Werner Fischer (*Initiative Frieden und Menschenrechte*) und Susanne Krug (*Arbeitskreis Gerechtigkeit,* Leipzig) lnformationen weiter und stellten Presseöffentlichkeit her.

Ab dem **17. Januar** führte diese Bemühungen in den Räumen der evangelischen Studentengemeinde eine gemeinsame Kontaktgruppe aus weiteren Basisgruppen Leipzigs fort. Die vom dortigen Telephonanschluß übermittelten Informationen mußten – im Gegensatz zu den zwischen dem 14. und 16. Januar 1989 aus der Lukaskirchgemeinde und dem Jugendpfarramt verbreiteten Informationen – mit der

Stadtkirchenleitung Leipzigs zuvor abgestimmt werden. Um diese Zensur zu umgehen, mußten Kathrin Walther (*Arbeitskreis Gerechtigkeit*) und Peter Grimm (*Initiative Frieden und Menschenrechte,* Berlin) ab dem 17. Januar 1989 andere Telephonanschlüsse - zum Beispiel den der Markuskirchgemeinde - zur Information an Bürgerrechtsgruppen und Medien nutzen.
Die Bürgerrechtsgruppen *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und *Arbeitsgruppe Menschenrechte* haben später, um die Zensur seitens der Stadtkirchenleitung künftig zu umgehen, beschlossen, ein eigenes permanentes Informationstelephon einzurichten. Christoph Wonneberger, Pfarramtsleiter der Lukaskirchgemeinde und Mitglied der *Arbeitsgruppe Menschenrechte*, stellte dafür den Anschluß des Telephons in seiner Privatwohnung den Sprechern der beiden Menschen- und Bürgerrechtsgruppen zur Verfügung.
(Die Bedeutung zugänglicher Telephonanschlüsse läßt sich heute, da sie weder das Privileg von Funktionären oder bestimmten Berufsgruppen noch das Ergebnis langjährig abgewarteter Antragstellung sind, kaum mehr ermessen. In der DDR war die Vergabe privater Telefonanschlüsse durch die personelle und technische Kapazität der geheimdienstlichen Abhöranlagen limitiert.)
Zu den Inhaftierungen und der Solidarisierungskampagne gaben der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und die *Arbeitsgruppe Menschenrechte* später unter dem Titel *„Die Mücke“* ein Samisdat-Heft heraus. Es enthält auch einen kurzen chronologischen Überblick zu Ereignissen in Leipzig im Jahre 1988. (Diese Chronologie wurde später in 2 Teilen von Thomas Rudolph und Kathrin Walther bis Anfang September 1989 in der Düsseldorfer Zeitschrift *„Ost-West-Diskussionsforum“* fortgesetzt.)

Der *Informationsgruppe des Arbeitskreises Gerechtigkeit und der Arbeitsgruppe Menschenrechte* gelingt es mit Unterstützung der *Initiative Frieden und Menschenrechte* und der *Umweltbibliothek Berlin* erstmals in Ostdeutschland nach Repressionen in der „Provinz“ sofort internationale Öffentlichkeit herzustellen. Das Informationssystem der Gruppen des *Sonnabendskreises* erweist sich als wirkungsvoll, denn ostdeutschlandweit wurden Informations-Andachten und Proteste organisiert.
Das erste Flugblatt ist unterzeichnet von Mitgliedern des *Arbeitskreises Solidarische Kirche/ Regionalgruppe Leipzig*, von Mitgliedern der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* (Leipzig), von Mitgliedern der *Initiativgruppe Leben* (Leipzig), vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* (Leipzig), vom *Friedensarbeitskreis Naumburg* und von dem *Friedenskreis Ilmenau.* In diesem Informationsflugblatt schreiben Silke Krasulsky, Kathrin Walther (*Arbeitskreis Gerechtigkeit*) und Christoph Wonneberger (*Arbeitsgruppe Menschenrechte*) am **15. Januar 1989**:

> *„In den letzten Tagen kam es in Leipzig zu einer ausgedehnten Verhaftungsaktion. Es wurden mindestens 11 Personen, die verschiedenen Basisgruppen angehören, zugeführt bzw. sofort verhaftet. Die Zuführungen wurden in Haftbefehle umgewandelt und ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Betroffen sind: Carola Bornschlegel, Udo Hartmann, Uwe Schwabe, Constanze Wolf, Frank Sellentin, Rainer Müller, Gesine Oltmanns, Michael Arnold, Jochen Läßig, Andre Botz und Michaela Ziegs. Mit den jetzt Inhaftierten solidarisierte sich am 14. 1.´89 die Kirche von Unten in Berlin während einer Informationsveranstaltung, und in Zwickau fand eine Andacht mit Fürbitte statt…. Die Initiative Frieden und Menschenrechte Berlin gab eine Erklärung zu den Vorkommnissen heraus. Außerdem trafen Solidaritätsbekundungen aus Ost und West ein. Rechtsanwalt Wolfgang Schnur hat seinen Rechtsbeistand zugesichert. In Leipzig findet die erste Andacht zur Fürbitte heute Abend 20.00 Uhr in der Lukaskirche statt. Das Landeskirchenamt Sachsen stellt es frei, Fürbittgottesdienste durchzuführen.*
> *Wir bitten Euch alle um Solidarität mit den Verhafteten! Verstärkt unseren Einsatz für die Freilassung der Inhaftierten mit Eurer Phantasie und Eurem Engagement!“*

Bereits in der Nacht vom **13. zum 14. Januar** hatte Susanne Krug vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* (Leipzig) von Ostberlin aus den Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* in Westberlin, Frank Wolfgang Sonntag, angerufen und ihm die Informationen über die Verhaftungsaktion mitgeteilt.

Einige mittlerweile ausgereiste Mitarbeiter der *Arbeitsgruppe Ausreise* des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* verfaßten daraufhin im Namen des *„Komitees zur Verteidigung und Verwirklichung demokratischer Rechte und Freiheiten in Ost und West - in ganz Deutschland“* bereits am 14. Januar einen *„Dringenden Appell von ehemaligen Leipziger Bürgern“:*

> *„Wir haben heute Nachricht von der Inhaftierung 11 unserer Freunde und ehemaligen Mitstreiter in Leipzig erhalten.*
> *Gesine Oltmanns, ca. 24 Jahre, Verlagsmitarbeiterin; Jochen Läßig, ca. 27 Jahre, Theologiestudent; Rainer Müller, ca. 21 Jahre, Theologiestudent; Michael Arnold, ca. 25 Jahre; Frank Sellentin, ca. 21 Jahre, Krankenpfleger; Udo Hartmann; Carola Bornschlegel; Uwe Schwabe, ca. 25 Jahre; Constanze Wolf, ca. 18 Jahre; Michaela Ziegs, ca. 18 Jahre, Erzieherin; Andre Botz sind gestern abend im Zusammenhang mit einem geplanten Schweigemarsch zum Gedenken an Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg vom Staatssicherheitsdienst verhaftet worden.*
> *Bereits im November letzten Jahres hatten einige der Betroffenen wegen ihres engagierten Eintretens für Menschenrechte und Bürgerrechte in der DDR Ordnungsstrafen hinnehmen müssen.*
> *Wir sind betroffen darüber, daß der Staatssicherheitsdienst der DDR wie im Vorjahr rigoros gegen Mitglieder unabhängiger kirchlicher Gruppen vorgeht, die sich für Demokratie in der DDR aussprechen.*
> *Wir appellieren an Politiker und politische Organisationen, sowie an die demokratische Öffentlichkeit der Bundesrepublik Deutschland, auf die Verantwortlichen in der DDR einzuwirken, damit unsere Freunde freigelassen werden. Dabei muß den Betroffenen die Möglichkeit gewährt werden, trotz ihres kritischen Engagements weiterhin in der DDR zu leben.*
>
> *Frank Wolfgang Sonntag, Dr. Babette Kohlbach, Jürgen Mesik, Dr. Steffen Kind, Dr. Ingo Lohrisch, Dr. Rudolf Mann, Stefan Fahrnländer*
>
> *Das Komitee ruft alle Demokraten, Mitglieder der SPD und der Grünen, Gewerkschaftskollegen auf, für die Inhaftierten aktiv zu werden und sich mit Briefen und Protesttelegrammen an den Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig zu wenden: für die Sofortige Freilassung der 11 Bürger! Einstellung aller Ermittlungsverfahren!*
> *Für das Recht auf freie Meinungsäußerung und das Recht ohne Repression in der DDR leben zu können! Adresse: Staatsanwalt des Bezirkes Leipzig; z. Hd. Herrn Lehmann, Beethovenstr., 7010 Leipzig“*

Außenminister verschiedener westlicher Demokratien verurteilen die Machthaber in Ostberlin wegen der Inhaftierungen während der zu dem Zeitpunkt stattfindenden Wiener Beratungen der *KSZE* über Menschenrechtsfragen öffentlich. Eine Welle der Proteste bricht über die Ostberliner Führung herein. Die unabhängige *„Polnisch-tschechoslowakische Solidarität“* erklärt:

> *„...Die Organe der DDR-Staatsmacht beschlossen eine rasante Aktion zu unternehmen, wodurch die Manifestation unterdrückt werden soll und gleichzeitig die ganze unabhängige Bewegung in der DDR abgeschwächt werden soll.*
> *Mit diesem Schritt, der der Unterschrift der DDR-Verfassungsorgane unter die Schlußakte von Helsinki und unter die Dokumente des Nachfolgeprozesses ins Gesicht schlägt, ist die DDR-Führung angetreten und zwar nur ein paar Tage vor der Unterzeichnung des Ergebnisdokumentes des Wiener Nachfolgetreffens der Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa* [KSZE]. *... Wir rufen deshalb die Regierungen der 34 Länder auf, die zusammen mit den Repräsentanten der DDR diese Dokumente unterzeichnen sollen, daß sie an die DDR-Regierung appellieren, damit sie die 11 Inhaftierten auf der Stelle entläßt, die Strafverfahren einstellt und mit der Kriminalisierung… aufhört….“*

Viele Telegramme und Briefe sind an den Bezirksstaatsanwalt Lehmann gerichtet. In einem Offenen Brief an ihn schreiben *Die Grünen Gladbeck*:

„Wir sind bestürzt über die Festnahmen in Ihrem Bezirk…. Schon im letzten Jahr hatten einige der Betroffenen wegen ihres engagierten Eintretens für Menschen- und Bürgerrechte in der DDR Ordnungsstrafen hinnehmen müssen. Nur, die Gründe, die zu den Festnahmen führten, sind fadenscheinig. Es handelt sich samt und sonders um die Wahrnehmung grundlegender demokratischer Rechte, auch nach der Verfassung Ihres Landes, Herr Lehmann. Wir protestieren gegen die fortlaufenden Versuche, kritische Bürgerinnen zu kriminalisieren und einzuschüchtern. Wir fordern SIE auf, alles in Ihrer Macht stehende zu tun, um Vorkommnisse dieser Art zu verhindern. Wir meinen auch, daß das in Ihrem Interesse sein muß, um die um internationale Anerkennung bemühte DDR nicht der Lächerlichkeit preiszugeben. …“

Der Aufruf sich mit Briefen an den Bezirksstaatsanwalt zu wenden, entwickelte sich sogar zu einem nicht zu stoppenden Selbstläufer, der noch im März die DDR-Führung an die Einhaltung der Menschenrechte unter Berufung auf die Inhaftierten erinnert. So schreibt zum Beispiel Prof. Dr. Ph. van Engeldorp Gastelaars von der *Erasmus Universität Rotterdam* noch am 1. März 1989 an Bezirksstaatsanwalt Lehmann:

„…Von meinen Kollegen der Bochumer Ruhr Universität habe ich gehört, daß Sie oben genannte Personen inhaftiert haben. In diesem Zusammenhang erlaube ich mir, Sie an die Helsinki Schlußakte und an die jüngsten Vereinbarungen in Wien zu erinnern, die auch von der DDR unterschrieben wurden. Daran hat auch die DDR sich zu halten. In der Hoffnung, daß Ihr Staat ihr internationales Ansehen würdig sich benimmt…“

Andere richteten ihren Protest an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker. René Böll telegraphiert für den Vorstand der *Heinrich-Böll-Stiftung e.V.* an Honecker:

„…Es ist ungeheuerlich, daß abermals Bürgerinnen und Bürger der DDR verhaftet werden, die nur von ihren in der Verfassung der DDR verbrieften Rechten Gebrauch machen, und daran gehindert werden, ihre Meinung frei zu äußern. Wir bitten Sie, den Schikanen, denen sich politisch engagierte Bürgerinnen und Bürger der DDR wiederholt ausgesetzt sehen, unverzüglich ein Ende zu bereiten und die sofortige Freisetzung aller Inhaftierten anzuordnen und dafür Sorge zu tragen, daß ähnliche Willkürakte nicht mehr vorkommen.“

Am Nachmittag des **15. Januar** folgen 600 bis 800 Personen dem Aufruf der Bürgerrechtler und demonstrieren in der Innenstadt von Leipzig *für* Meinungs-, Versammlungs-, Vereinigungs- und Pressefreiheit. 53 Demonstranten werden vorläufig festgenommen (DDR-deutsch: „zugeführt“). Am **16. Januar** wird dann noch Fred Kowasch inhaftiert, der vor der Demonstration eine kurze Ansprache an die Teilnehmer hielt.
Am **18. Januar** werden auch die Kontaktpersonen der *Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte in der DDR* vorläufig festgenommen („zugeführt“). Einigen von ihnen wird ein Ermittlungsverfahren wegen der Bildung einer verfassungsfeindlichen Organisation angedroht. Auf Grund der vielfachen Proteste in und außerhalb der DDR werden alle Inhaftierten bis zum **20. Januar** freigelassen und am **26. Januar** die Ermittlungsverfahren eingestellt.
Während der Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen im *Sonnabendskreis* am **21. Januar** in Leipzig werden die Verhaftungen in Leipzig, die Demonstration sowie die Kampagne für die Freilassung der Inhaftierten besprochen. Die vom Staatssicherheitsdienst am 18. Januar befragten Kontaktpersonen der *Arbeitsgruppe zur Situation der Menschenrechte* berichten über die Fragerichtungen und -intentionen der Vernehmer.
Am **27. Januar** findet in Leipzig der dritte Protesttag gegen die Verhältnisse in Rumänien statt.

Februar 1989

In Polen müssen die Machthaber am **6. Februar** Gespräche mit der Opposition am Runden Tisch aufnehmen.
In der Leipziger Markusgemeinde organisiert am **10. Februar** der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* einen Informationsabend über „*Praxis und Prinzip der Abgrenzung in der DDR*“ mit Ludwig Mehlhorn.

Am **18. Februar** wird in der Beratung von Vertretern ostdeutscher Bürgerrechtsgruppen, im *Sonnabendskreis* in Leipzig, über die Verhaftungen in der ČSSR berichtet und über Möglichkeiten der Unterstützung für die tschechischen Dissidenten beraten.
Der *Arbeitskreis Gerechtigkeit* stellt den Entwurf eines Protestbriefes an die tschechische Führung vor und bittet die anderen Gruppen den Brief mit zu unterzeichnen.

In dem von Rainer Müller und Bernd Oehler formulierten ***»Offenen Brief an den Präsidenten der ČSSR, Gustáv Husák, den Ministerpräsidenten der ČSSR, Ladislav Adamec, und die Föderative Versammlung der ČSSR«*** heißt es:

> *„Mit Betroffenheit hören wir von den Vorgängen auf dem Wenzelsplatz in Prag vom 15. bis 20. 1. ´89. Wenige Monate nach dem Einmarsch der Truppen des Warschauer Paktes in die ČSSR 1968, der den Versuch einer demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft gewaltsam beendete, verbrannte sich der Student Jan Palach öffentlich auf dem Wenzelsplatz, um gegen die Besetzung und den erlahmenden Widerstand zu protestieren.*
> *An diesen Tag, den 16.1., sollte durch einen Aufruf von fünf unabhängigen Gruppen mit einer Kundgebung öffentlich erinnert werden. Am 15. 1. ´89 versammelten sich 14.00 Uhr einige tausend Bürger auf dem Wenzelsplatz, um friedlich der Ziele und den Wegen Jan Palachs zu gedenken. Auf die Blumen der Demonstranten reagierte die Polizei mit Wasserwerfern, Tränengas, Gummiknüppeln und Hunden. Am nächsten Tag fanden sich spontan ca. 8.000 Bürger auf dem Wenzelsplatz zusammen, deren Rufe „Svoboda“ und „Masaryk“ wiederum mit blutigem Polizeieinsatz unterdrückt wurden. Am Nachmittag wurden mehr als 15 Kundgebungsteilnehmer, darunter Václav Havel und Sprecher der Charta 77, inhaftiert. Einige davon wurden an den folgenden Tagen wieder freigelassen und teilweise später nochmals inhaftiert. Am 19. 1. verschärfte sich der Polizeiterror unerträglich. Blut und schwere Kopfverletzungen sind eine erschreckende Antwort auf eine gewaltfreie Demonstration. Selbst Palachs Grab auf dem Friedhof Vastaty, zu dem am 21. 1. ´89 Menschen aus verschiedenen Teilen des Landes zusammenkamen, war durch Polizeieinsatz unzugänglich. Brutal wurde Macht gegen das Gedenken auf dem Friedhof und gegen das demokratische Begehren auf dem Wenzelsplatz angewandt. Das kann nicht als Wille des Volkes legitimiert werden. Solcher Wille drückt sich im Verlangen nach demokratischer Umgestaltung der Gesellschaft der ČSSR wie vom 15. bis 20. 1. auf dem Wenzelsplatz aus. Wir solidarisieren uns mit den Demonstranten, die für eine Demokratisierung eintraten und fordern die sofortige Entlassung der mittlerweile 55 Inhaftierten, die Einstellung der Ermittlungsverfahren und darüber hinaus die Verwirklichung der Grundfreiheiten der Bürger gemäß der Schlußakte von Helsinki sowie des Abschlußdokumentes (KSZE) von Wien 1989. Wir solidarisieren uns mit der Petition von über 1.200 Kunst- und Kulturschaffenden des öffentlichen Lebens der ČSSR. Wir sind der Überzeugung, daß außenpolitische Alternativen in Abrüstung- und Friedensfragen notwendig der innenpolitischen Bestätigung durch die volle Gewährung der allgemein anerkannten Grundfreiheiten der Menschen wie Meinungs-, Vereinigungs- und Demonstrationsfreiheit bedürfen. Wir fordern Freiheit für alle wegen politischen oder religiösen Aktivitäten Inhaftierten in der ČSSR.“*

Am **23. Februar** wird der Offene Brief im Namen der Gruppen *Arbeitskreis Gerechtigkeit* (Leipzig), *Arbeitsgruppe Friedensdienst* (Leipzig), Mitglieder des *Arbeitskreises Solidarische Kirche/ Regionalgruppen Leipzig und Berlin*, Mitglieder der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* (Leipzig), *Wolfspelz* (Dresden), *Antinaziliga* (Dresden), Mitglieder der *Initiative Frieden und Menschenrechte*, *Umwelt-*

Bibliothek (Berlin), *Grün-ökologisches Netzwerk Arche/ 1. Vollversammlung*, *Ökokreis Frankfurt/Oder*, Mitglieder der *Umweltgruppe Borna*, Mitglieder des *Gesprächskreises Weimar*, *Umwelt- und Friedenskreis Ouedlinburg*, Mitglieder der *Arbeitsgruppe Gerechtigkeit und Frieden* (Dresden), *Arbeitsgruppe Evangelium und Menschenrechte* (Kittlitz), *Umweltgruppe Zittau*, *Ilmenauer Friedenskreis*, *Vorbereitungskreis der Nachtgebete Halle* und *Frauen für den Frieden/ Halle* per Flugblatt und über die Westmedien verbreitet.

Wenige Tage später bringen Michael Arnold (*Initiativgruppe Leben*), Till Böttcher (*Umweltbibliothek Berlin*), Frank Richter (*Arbeitsgruppe Menschenrechte*), Rainer Müller, Thomas Rudolph (*Arbeitskreis Gerechtigkeit*), Catrin Ulbricht (Dresden) und Mitglieder der *Initiative Frieden und Menschenrechte* Berlin den *Offenen Brief* in geänderter Fassung als Beschlußvorlage bei *„Frieden konkret VII“* (**24. bis 26. Februar**) in Greifswald ein.

Nach heftigen Debatten mit staats-treuen Kirchengruppen wird der *Offene Brief* von der Versammlung in den *Fortsetzungsausschuß* überwiesen.
Am **27. Februar** meldet dann die amerikanische Nachrichtenagentur *Associated Press* die Verabschiedung des Briefes durch die in Greifswald anwesenden 171 Gruppenvertreter.
So wird der ostdeutsche Protest zweimal laut.

Leipziger Menschenrechtsgruppen 1989 ◆ Heute vor 10 Jahren
Blatt 1/ 1999 ◆ 15. Januar 1989 – Der Protest zieht in die Provinz
2. und korrigierte Auflage – Leipzig – 1999
Herausgegeben vom IFM-Archiv Sachsen e. V.
– Archiv der Initiative Frieden und Menschenrechte Sachsen –
Tel./ Fax: 0341 - 4 80 72 07 ◆ ifm-sachsen@gmx.de

Die 1. Auflage dieser Blätter
wurde als Begleitmaterial zu den jeweiligen Podiumsdiskussionen der Reihe „Heute vor 10 Jahren“,
die vom Bürgerkomitee Leipzig e. V. in der „Runden Ecke“ veranstaltet worden ist, veröffentlicht.